

Sperrfrist bis 10.30 Uhr



**Tag der Wirtschaft**  
**Präsidentiansprache**  
Freitag, 31. August 2018

Es gilt das gesprochene Wort

## Die Schweiz zwischen Globalisierung und Abschottung

**Der Welthandel steht auf dem Prüfstand – die Schweiz muss nun ihre Stärken nutzen**

Heinz Karrer, Präsident economiesuisse

Exzellenzen,  
Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte, sehr geehrter Herr Ständerat,  
Sehr geehrte Frau Staatssekretärin,  
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin,  
Liebe Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitglieder,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zum diesjährigen Tag der Wirtschaft von economiesuisse. Ich freue mich, dass Sie als Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft und Politik heute so zahlreich erschienen sind. Sie bekunden damit Ihre Verbundenheit mit unserer Organisation, wofür ich Ihnen danke.

Ein ganz spezieller Gruss geht auch an die Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Wohlen.

### **Widerstand gegen die Liberalisierung des Welthandels**

Vor knapp sechs Monaten hat die amerikanische Regierung Schutzzölle auf Aluminium- und Stahlimporte angeordnet. Bereits zwei Wochen später kam es zu einer Verschärfung des Handelskonflikts zwischen den USA und China. Auch die EU ging auf Konfrontationskurs mit ihrem wichtigsten Handelspartner. Seither rotiert die Spirale von neuen Strafzöllen und Gegenmassnahmen mit atemberaubender Geschwindigkeit. Eine Deeskalation dieses Handelsstreits ist nicht in Sicht.

Erleichterung löste zunächst die Handelsvereinbarung zwischen EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und US-Präsident Donald Trump vor rund einem Monat aus. Diese laufen zwar lediglich auf ein begrenztes Abkommen zum Abbau von Industriezöllen hinaus und sind damit kein Ersatz für das auf Eis gelegte umfassende Freihandelsabkommen TTIP. Trotzdem könnten diese Gespräche die Basis für eine weitergehende transatlantische Annäherung sein. Die EU jedenfalls sprach bereits über Zollsenkungen in allen Sektoren, gewissermassen über ein «TTIP light». Die Hürden dafür sind

Freitag, 31. August 2018

allerdings hoch und ausser Absichtserklärungen der EU und der USA liegt noch nichts Konkretes auf dem Tisch. Die Schweiz tut gut daran, wie schon bei TTIP, auch diese Entwicklungen aufmerksam zu beobachten und sich für den Fall einer Einigung zwischen den USA und der EU auf Verhandlungen mit den USA vorzubereiten.

Die USA prägten einst das multilaterale Welthandelssystem. Sie waren Garanten für eine liberale Wirtschaftsordnung. Heute erschüttern sie mit Protektionismus die internationalen Märkte. Ihre «America first»-Politik sorgt bei den Handelspartnern für Verunsicherung und schwächt das Wachstum. Über viele Jahre aufgebaute, fruchtbare Handelsbeziehungen stehen auf dem Prüfstand.

Nicht nur in den USA, auch in Europa wächst der Widerstand gegen die Liberalisierung des internationalen Handels. Hüben wie drüben sind Parteien im Aufwind, die auf Abschottung und Nationalismus setzen.

Wir müssen leider konstatieren: Der Welthandel steht am Scheideweg. Und mit ihm die Globalisierung der Wirtschaft. Der Wind hat gedreht. Internationaler Handel und offene Märkte, Multilateralismus und Freihandelszonen: Was noch vor Kurzem als Rezept für Frieden und Wohlstand galt, wird heute offener denn je hinterfragt.

### **Unterschätzter Wert der Globalisierung**

Dabei ist die ökonomische Wirkung unbestritten: Freihandel schafft Wohlstand. Die Marktöffnung für Güter, Dienstleistungen und Kapital steigert den Handel zwischen den Ländern, vergrössert die Märkte und erhöht die Konkurrenz zwischen den Unternehmen und damit die Effizienz und Gesamtproduktivität der Wirtschaft. So hat sich das reale Welt-Bruttoinlandprodukt seit 1950 versechsfacht. Dabei sind offene Volkswirtschaften stärker gewachsen als geschlossene.

Der Reichtum unseres Landes basiert wesentlich auf den Export- und Importleistungen der Wirtschaft – also auf der erfolgreichen internationalen Tätigkeit von Schweizer Unternehmen. Diese haben im In- und im Ausland hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen und ermöglichen beträchtliche Einkommen für die lokale Bevölkerung. Gerade in Schwellen- und Entwicklungsländern leisten Schweizer Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Die globale Vernetzung hat grosse Teile der Weltbevölkerung aus der Armut herausgeholt.

### **Globalisierung schafft Wohlstand**

Die Globalisierung hat also weltweit zu einem höheren Lebensstandard beigetragen. Doch die Angst in der Bevölkerung vor Massenarbeitslosigkeit und steigender Ungleichheit ist insbesondere in den Industrienationen gross. Dabei zeigen die Fakten: Die Globalisierung bringt viele Gewinner hervor.

Trotzdem gibt es auch Verlierer – vor allem Niedrigqualifizierte in Industrieländern, in denen kein sozialer Ausgleich vorhanden ist. Auf dem Schweizer Arbeitsmarkt gab und gibt es indes keine Anzeichen für eine Verknappung von Arbeitsplätzen. Ganz im Gegenteil: Jahr für Jahr werden mehr Stellen geschaffen als abgebaut. Die Globalisierung hat sich in der Schweiz für praktisch alle Haushalte wohlfahrtssteigernd ausgewirkt.

### **Wichtige Rolle der Unternehmen in der globalisierten Wirtschaft**

Unser Land nimmt bei der Globalisierung eine wichtige Rolle ein. Viele multinationale Unternehmen haben ihren Sitz in der Schweiz. Sie tragen etwa einen Drittel zum Schweizer Bruttoinlandprodukt bei,

Freitag, 31. August 2018

beschäftigen über 1,3 Millionen Menschen, gehören zu den grössten Steuerzahlern und in der Innovation und Forschung zu den wichtigsten Akteuren.

Nicht nur multinationale Unternehmen, auch Schweizer KMU sind Teil der Globalisierung. Einerseits sorgen die exportorientierten Multis über Zuliefer-Beziehungen auch in den binnenwirtschaftlich orientierten Branchen für Wachstum. Andererseits ist die Erschliessung ausländischer Märkte auch für KMU ein wichtiges Instrument, um ihre Absatzmärkte zu diversifizieren und zu wachsen. Fast ein Fünftel der Schweizer KMU oder rund 97'000 Unternehmen erwirtschaften einen Teil ihres Umsatzes im Ausland.

Neben dem Aussenhandel sind auch Direktinvestitionen im Ausland ein wichtiger Faktor für Wachstum und Wohlstand. Das im Ausland investierte schweizerische Kapital betrug 2016 bereits rund 1,2 Billionen Franken. Davon entfielen knapp 80 Prozent auf Industrie-Nationen und gut 20 Prozent auf die Schwellen- und Entwicklungsländer. Schweizer Unternehmen beschäftigen im Ausland mehr als zwei Millionen Mitarbeitende. Mehr als 800'000 dieser Arbeitsplätze liegen ausserhalb Europas und Nordamerikas und tragen zum Wohlstandswachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern bei.

### **Globalisierung als Herausforderung für Umwelt und Gesellschaft**

Die Globalisierung steht heute vor grossen Herausforderungen. Sie ist mitunter Projektionsfläche für Ängste aus dem gesamten politischen Spektrum.

Ein erster Kritikpunkt betrifft die Umweltbelastung. Gewisse Umweltbelastungen – wie etwa durch den Transport oder die Produktion – werden in der Tat direkt durch eine Zunahme des Handels verstärkt. Andererseits führen offene Märkte auch dazu, dass sich neue, effizientere Technologien weltweit rasch ausbreiten und so die Umweltbelastung reduzieren. Gerade die Schweizer Wirtschaft exportiert ihr Know-how in Energieeffizienz weltweit und trägt so dazu bei, dass die Umweltbelastung in anderen Ländern sinkt oder zumindest weniger rasch ansteigt.

Ein zweiter Kritikpunkt zielt auf die Souveränität von Nationalstaaten. Dass wichtige politische Entscheide immer häufiger auf internationaler Ebene getroffen werden, sorgt in demokratischen Gesellschaften mitunter für ein Gefühl der Fremdbestimmung. Im Kontext der Globalisierung bedeutet Souveränität ein bewusstes Abwägen zwischen national eigenständigen Lösungen und internationaler Zusammenarbeit. Viele Herausforderungen wie der Klimawandel, Pandemien, Korruption oder illegaler Handel kann ein Land nicht mehr im Alleingang meistern. Sie können nur international koordiniert überwunden werden.

### **Die Chance der Globalisierung nutzen**

Die global vernetzte Schweiz ist deshalb stark an internationalen Standards, an völkerrechtlichen Vereinbarungen und deren Einhaltung und damit auch an der Rechtssicherheit in den internationalen Geschäftsbeziehungen interessiert. Eine aktive Teilnahme in internationalen Organisationen und die Stärkung des Völkerrechts verbessern die Position unseres Kleinstaates. Unsere Mittel sind nicht Marktmacht oder militärische Stärke, sondern die Einflussnahme auf die internationale Wirtschaftspolitik – durch Mitarbeit an der Entwicklung der internationalen Rahmenbedingungen.

Freitag, 31. August 2018

### **Wachstum hält vorderhand an, Anzeichen einer Eintrübung mehren sich**

Die Schweiz gehört zu den drei am stärksten globalisierten Ländern der Welt. Deshalb hängt die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes stark mit dem Gedeihen der Weltwirtschaft zusammen. Leider trübt die isolationistische Politik verschiedener westlicher Länder die Aussichten für die Weltwirtschaft. Diese wuchs Anfang 2018 deutlich weniger kräftig als noch im Vorjahr. Für dieses und nächstes Jahr prognostizieren IWF und OECD für die globale Wirtschaft ein Wachstum von jeweils knapp 4 Prozent, wobei die Risiken, die zu einem geringeren Wachstum führen könnten, zugenommen haben.

Das robuste Wachstum der Schweizer Wirtschaft hält vorderhand an. Allerdings mehren sich auch hier die Zeichen für eine leichte Abschwächung. Das Wiederaufflammen der europäischen Schuldenkrise, ein eskalierender Handelsstreit und die Unklarheit über die Folgen eines Ausstiegs aus der ultraexpansiven Geldpolitik verunsichern die Märkte und erschweren die Planung der Unternehmen. Entsprechend ist für 2018 mit einem Wachstum von 2,3 bis 2,4 Prozent zu rechnen und für 2019 mit 1,7 bis 2,0 Prozent.

Der Franken ist weiterhin relativ hoch bewertet. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) belässt deshalb ihre Geldpolitik mit den Negativzinsen unverändert expansiv und will bei Bedarf weiterhin am Devisenmarkt intervenieren. So soll die Preisentwicklung stabilisiert und die Wirtschaftsaktivität unterstützt werden. Damit dies gelingen kann, muss die SNB ihre Geldpolitik unabhängig von politischen Begehrlichkeiten gestalten können. Deshalb begrüssen wir die klare Ablehnung der Vollgeld-Initiative durch das Stimmvolk. Sie ist auch ein Vertrauensbeweis in die unabhängige Geldpolitik der Nationalbank.

### **Schweiz verliert an Wettbewerbsfähigkeit, bleibt aber Innovationsweltmeister**

Wie wichtig gute Rahmenbedingungen auch im Inland für den Wettbewerb in der globalisierten Wirtschaft sind, möchte ich anhand von zwei kürzlich publizierten Studien illustrieren.

Im Global Innovation Index 2018 der World Intellectual Property Organization (Wipo) schwingt die Schweiz zum siebten Mal hintereinander als innovativste Volkswirtschaft der Welt oben aus. Allerdings bemängelt die Studie, dass es in der Schweiz immer noch unnötig schwer ist, ein Unternehmen zu gründen oder an Risikokapital zu kommen. Auch braucht es mehr Fachkräfte, insbesondere in wissenschaftlichen und technischen Disziplinen.

Und gemäss dem IMD World Competitiveness Ranking 2018 verliert die Schweiz deutlich an Wettbewerbsfähigkeit. Sie fällt vom zweiten auf den fünften Rang zurück. Ein vergleichsweise geringes Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum und ein Rückgang des Handelsbilanzüberschusses sowie der internationalen Investitionen haben zum Abstieg beigetragen. Erhebliche Unsicherheit bei den Marktteilnehmern dürften im letzten Jahr die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III, die Unklarheit über die Zukunft der Beziehungen zur EU oder auch die Ablehnung der Rentenreform ausgelöst haben. Diese Probleme gilt es nun entschieden anzupacken und mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten. Das bedeutet: Sicherheit schaffen und die Attraktivität des Denk- und Werkplatzes steigern.

Freitag, 31. August 2018

### **US-Aussenwirtschaftspolitik fordert Industrienationen heraus**

Zusätzlich muss die Schweiz mit allen rechtlichen Mitteln versuchen, ihre Interessen in der Weltwirtschaft zu wahren. Es ist deshalb richtig, dass sich die Schweiz gegen die Schutzzölle der USA wehrt und bei der Welthandelsorganisation (WTO) ein Streitschlichtungsverfahren angestrengt hat.

Als Konsequenz auf die US-Schutzzölle hat nun auch die EU Importzölle auf Stahl eingeführt. Auch hiervon sind Schweizer Unternehmen betroffen. Knapp 95 Prozent der schweizerischen Stahlausfuhren, die zu den betroffenen Produktgruppen gehören, gehen in die Länder der EU. Damit erhöht sich die Rechtsunsicherheit für die Unternehmen weiter.

Trotz der bereits erwähnten Handelsvereinbarung zwischen den USA und der EU sind diese gegenseitigen Schutzzölle auf Stahl- und Aluminium bis heute noch nicht abgebaut. Sollte diese Vereinbarung den Weg freimachen für Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen, so muss die Schweiz nach Wegen suchen, die ein rasches Andocken an ein solches Abkommen ermöglichen.

### **WTO-Ministerkonferenz und G7-Gipfel enden enttäuschend**

Seit Beginn der Finanzkrise 2007 haben die G20-Staaten alleine bis Ende 2016 über 1260 neue Handelshemmnisse eingeführt. Zwar haben mittlerweile zahlreiche Staaten bei der WTO gegen die neuen Schutzzölle geklagt, aber die Schwäche der WTO mit ihren mittlerweile 164 Mitgliedern verunmöglicht praktisch jeden Konsens. Das zeigte sich auch bei der WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires Ende 2017. Die Teilnehmerstaaten konnten sich nicht einmal auf eine gemeinsame Abschlusserklärung einigen. Wie schwierig die Beziehungen zwischen den bedeutendsten Industrienationen derzeit sind, machte auch der G7-Gipfel in der kanadischen Provinz Quebec Anfang Juni deutlich. Hier verweigerten die USA ihre Zustimmung zur G7-Abschlusserklärung.

### **US-Sanktionen gegen Iran mit Folgen für die ganze Welt**

Die USA verhängen nach ihrem Ausstieg aus dem Atomabkommen spätestens ab 4. November Wirtschaftssanktionen gegen Iran. Das hat Folgen für die ganze Welt, denn die USA stellen andere Staaten und Firmen in aller Welt vor die Wahl, entweder mit Iran oder mit den Vereinigten Staaten Geschäfte zu machen. Die wenigsten dürften sich gegen die USA entscheiden. Auch Schweizer Firmen müssen sich fragen, ob sie weiter im Iran operieren wollen. Ein Rückzug wäre für einige Firmen schmerzlich. Umgekehrt müssen sie mit Bussen oder gar dem Ausschluss vom amerikanischen Markt rechnen, falls sie sich den Sanktionen widersetzen. Und für solche, die noch nicht auf dem amerikanischen Markt tätig sind, bliebe der Markteintritt wohl verwehrt.

### **Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen strategisch prioritär**

Wie viele andere kleine Märkte, gehört die Schweiz zu den Ländern mit einem hohen Anteil des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt. Unsere Unternehmen erwirtschaften etwa 40 Prozent ihrer Bruttowertschöpfung mit dem Export von Gütern und Dienstleistungen. Das zeigt, wie wichtig der offene Zugang zu den Weltmärkten für die Schweizer Unternehmen ist.

Unsere Wirtschaftsbeziehungen zur Europäischen Union basieren hauptsächlich auf dem Freihandelsabkommen von 1972 und den bilateralen Abkommen I und II. Vom bilateralen Weg hat die Schweiz bisher stark profitiert. Es ist daher strategisch prioritär, dass er weiterentwickelt werden kann.

Freitag, 31. August 2018

Um in einer längerfristigen Perspektive das Potenzial der Beziehung Schweiz–EU voll auszuschöpfen, sind neue Abkommen nötig. Etwa in den Bereichen Infrastruktur, Energie oder ICT-Dienstleistungen. Allerdings macht die EU den Abschluss weiterer Marktzugangsabkommen von einem Rahmenabkommen abhängig. Ich komme später darauf zurück.

Weil die wichtigsten Konkurrenten von Schweizer Unternehmen aus der EU stammen, muss die Schweizer Aussenhandelspolitik Marktzugangsbedingungen gegenüber Drittstaaten bieten, die mit denjenigen der EU vergleichbar sind. Die Schweiz konnte sich bislang mit Freihandelsabkommen neben der EU erfolgreich behaupten.

So hat sich zum Beispiel das Freihandelsabkommen mit China bereits in den ersten drei Jahren nach dem Inkrafttreten bewährt – und das, obwohl das Abkommen noch gar nicht seine volle Wirkung entfaltet hat. Schweizer Firmen konnten jedes Jahr mehr Dienstleistungen und mehr Produkte nach China verkaufen, obwohl die Chinesen weltweit ihre Importe zurückgeschraubt haben. Der hohe Nutzen dieses Freihandelsabkommens ist also – entgegen den Behauptungen des Bauernverbandes – offensichtlich.

Aufgrund von schwierigen Verhandlungen mit wichtigen Handelspartnern riskieren wir nun aber, gegenüber der EU ins Hintertreffen zu geraten. Um dies zu vermeiden, müssen bestehende Freihandelsabkommen konsequent modernisiert werden.

### **Freihandelsabkommen mit Japan aktualisieren**

Mitte Juli 2018 haben die EU und Japan ein Freihandelsabkommen unterzeichnet. Es ist das bisher grösste bilaterale Handelsabkommen der EU und soll 2019 in Kraft treten. Mit dem Abkommen fallen 99 Prozent aller Zölle zwischen den beiden Wirtschaftsräumen. Japan ist nach den USA und China die drittgrösste Volkswirtschaft der Welt und damit ein sehr interessanter Absatzmarkt für europäische Unternehmen. Die EU und Japan zählen zusammen mehr als 600 Millionen Einwohner.

Das neue Freihandelsabkommen setzt Schweizer Unternehmen im japanischen Exportmarkt unter Druck. Deshalb muss eine Aktualisierung des bilateralen Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und Japan von 2009 möglichst rasch geprüft werden. Japan weist für unser Land hinter den USA, der EU und China das viertgrösste Handelspotenzial auf. Und bei den Schweizer Direktinvestitionen im Ausland liegt Japan bereits heute an sechster Stelle.

### **Aktualisierung des Wirtschafts- und Handelsabkommens mit Kanada**

Vor knapp einem Jahr trat das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (Ceta) in Kraft – vorbehaltlich der Ratifizierung in allen 28 EU-Mitgliedstaaten. Europäische Unternehmen werden von 99 Prozent der Zollabgaben befreit und dadurch auf dem grossen kanadischen Markt wettbewerbsfähiger. Zudem erhalten EU-Unternehmen Zugang zu öffentlichen Aufträgen in Kanada.

Die Schweiz und Kanada unterhalten seit 2009 im Rahmen des Freihandelsabkommens zwischen Kanada und der Efta intensive wirtschaftliche Beziehungen. Die Schweiz gehört zu den zehn grössten ausländischen Investoren in Kanada. Schweizer Firmen beschäftigten hier 2015 mehr als 34'000 Arbeitskräfte. Als Mitglied der Efta muss sich die Schweiz für eine Aktualisierung des Freihandelsabkommens mit Kanada stark machen.

Freitag, 31. August 2018

## **Trotz Brexit den Marktzugang erhalten**

Mit Blick auf den Austritt Grossbritanniens aus der EU Ende März 2019 muss die Schweiz alles daran setzen, Rechtssicherheit in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich zu schaffen und den bisher ausgezeichneten Marktzugang zu erhalten. Dies soll über ein umfangreiches Freihandelsabkommen erfolgen. Eine Vertragslösung muss zwingend zum Zeitpunkt des Brexits vorliegen. Ist dies nicht möglich, muss ein Übergangsregime vereinbart werden.

## **Bilaterale Verträge und deren Weiterentwicklung für Wirtschaft zentral**

Die bilateralen Verträge und deren Weiterentwicklung sind für die Schweizer Wirtschaft absolut zentral, wie eine repräsentative Umfrage vor zwei Monaten bestätigt hat. Rund 80 Prozent aller Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitenden wünschen sich eine Weiterentwicklung der bilateralen Verträge und unterstützen grundsätzlich ein institutionelles Rahmenabkommen.

Ein Verzicht auf die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs gefährdet aus Sicht der Unternehmen den hiesigen Standort. Die Schweiz kann zwar noch einige Jahre vom Bestehenden profitieren, dann aber droht sie aufgrund der zunehmenden Verschlechterung des Marktzugangs den internationalen Anschluss zu verlieren. Komplette Verwerfung durch die Kündigung der Bilateralen und Neuverhandlungen mit der EU. Die Rechtssicherheit im Verhältnis zur EU wird von den Unternehmen als zentral erachtet.

Durch die jüngste Gesprächsverweigerung der Gewerkschaften wird nicht nur der Abschluss des Rahmenabkommens, sondern die vertragliche Weiterentwicklung der Beziehungen der Schweiz zur EU insgesamt gefährdet. Das ist nicht im Interesse der Schweizer Unternehmen und kann auch nicht im Interesse der Arbeitnehmer sein.

Die Gewerkschaften sind deshalb aufgerufen, sich im Interesse des Landes an den Gesprächen mit dem Bundesrat zu beteiligen und so zu einer konstruktiven Lösung beizutragen. Ein Scheitern der Verhandlungen mit der EU hätte für alle Seiten negative Konsequenzen. Die Wirtschaft unterstützt deshalb den Bundesrat in seinen Verhandlungen mit der EU explizit.

Offene Märkte sind also für die Schweiz als kleines Binnenland von entscheidender Bedeutung. Trotzdem sind Begehrlichkeiten von linken und rechten Kreisen zur Abschottung des Schweizer Marktes unüberhörbar. Ich gehe nachfolgend auf die fünf wichtigsten aktuellen Vorhaben ein:

1. Die **Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität»** der Bauerngewerkschaft Uniterre möchte den Staat zu einer noch stärkeren Abschottung der Landwirtschaft und zu weitreichenden planwirtschaftlichen Eingriffen verpflichten. Das wäre eine Sackgasse für Landwirte, Lebensmittelindustrie, Exportwirtschaft und Konsumenten. Protektionismus würde den notwendigen Strukturwandel behindern und auch der Modernisierung und dem Abschluss neuer Freihandelsabkommen im Weg stehen.
2. Die **Fair-Food-Initiative** der Grünen will zusätzliche staatliche Produktionsvorschriften einführen und den Import von nicht «gleichwertig» produzierten Lebensmitteln verbieten. Die dirigistischen Importvorschriften führen zu einer unerlaubten Marktabschottung. Sie verletzen internationale Abkommen, darunter das Landwirtschaftsabkommen mit der EU, und WTO-Regeln. Konflikte mit der nationalen und internationalen Handelspolitik wären unvermeidbar. Wir werden beide Agrarinitiativen, die am 23. September zur Volksabstimmung kommen, bekämpfen.

Freitag, 31. August 2018

3. Die **Selbstbestimmungsinitiative** der SVP greift direkt das Völkerrecht an, das eine wichtige Grundlage für den Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz ist. Sie schwächt damit die Stabilität und Rechtssicherheit und isoliert die Schweiz international. Mit der Selbstbestimmungsinitiative stünden Hunderte von Wirtschaftsabkommen, die der Exportnation Schweiz heute den Zugang zu ihren Absatzmärkten sichern, potenziell zur Disposition. Wir werden uns deshalb in der Volksabstimmung vom 25. November für ein deutliches Nein engagieren.
4. Mit der **Anpassung des Schweizer Waffenrechts** darf die Schweiz ihre Schengen-Mitgliedschaft nicht aufs Spiel setzen. Ohne Schengen-Abkommen müssten wir wieder systematische Grenzkontrollen einführen; der Wegfall des Schengen-Visums hätte massive Folgen für die Tourismusbranche und unsere Bundespolizei hätte keinen Zugriff mehr auf die Schengen-Fahndungssysteme. Zudem würde dies eine Kündigung des Dubliner Übereinkommens bewirken. Ein Wegfall von Schengen und Dublin könnte uns laut Bundesrat bis zu 11 Milliarden Franken pro Jahr kosten. Wir unterstützen daher eine Schengen-konforme Waffenrechtsumsetzung.
5. Die **Kündigungsinitiative** der SVP schliesslich verlangt die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU. Fände das Begehren eine Mehrheit, fielen auch die anderen Verträge der Bilateralen I weg. Dann hätte die Schweiz anderthalb Jahre Zeit, ihre engen Beziehungen zur Europäischen Union auf eine völlig neue Basis zu stellen. Diese Vorgabe ist – wie auch ein Blick auf die schwierigen Verhandlungen zwischen Grossbritannien und der EU zeigt – völlig illusorisch. Mit der Initiative riskiert die Schweiz, sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in der Bildungs- und Forschungszusammenarbeit zu isolieren. Darum stellt sich *economiesuisse* zusammen mit über 50 weiteren Organisationen bereits heute klar gegen die Initiative.

### **Abschluss einer wirksamen und breit abgestützten Steuervorlage bis Herbst**

Der Wirtschaftsstandort Schweiz war in den vergangenen Jahren für international tätige Unternehmen attraktiv – auch steuerlich. Davon hat die gesamte Volkswirtschaft profitiert. Denn diese Unternehmen haben substanziell zu Wachstum und Wohlstand in unserem Land beigetragen. Nun ist ein Umbau des Schweizer Steuersystems unvermeidbar geworden, die Steuerprivilegien für einzelne Unternehmen müssen weg. Dabei steht langfristig rund ein Viertel des Schweizer BIPs und jeder fünfte Arbeitsplatz auf dem Spiel, wenn keine adäquaten Ersatzmassnahmen eingeführt werden.

Deshalb ist der Abschluss einer wirksamen und politisch breit abgestützten Steuervorlage bis zum Herbst für uns prioritär. Die Unternehmen benötigen möglichst rasch ein international akzeptiertes und wettbewerbsfähiges Steuersystem und damit Rechtssicherheit, um weiterhin in den Standort Schweiz investieren zu können.

Im Juni hat der Ständerat die Steuervorlage 17 im Sinne eines Kompromisses mit einer Zusatzfinanzierung der AHV verknüpft. Falls diese Verknüpfung zu einer breiten Unterstützung für die Steuerreform beiträgt, werden wir den Kompromiss mittragen. Allerdings muss der wichtige und dringliche Reformprozess in der Altersvorsorge ohne Verzögerung vorangetrieben werden.



Freitag, 31. August 2018

### **Klimapolitik international angehen**

Ich habe bereits auf die globale Verflechtung der Schweizer Wirtschaft hingewiesen. Wie eng die Schweizer Industrie heute international verflochten ist, macht eine neue Studie der ETH im Auftrag des Branchenverbandes Swissmem deutlich.

Die Bedeutung internationaler Lieferketten ist nicht nur wirtschaftlich hochrelevant, sondern auch unter dem Aspekt des Umweltschutzes. Die Analyse der ETH zeigt nämlich, dass der weitaus grösste Teil der Umweltbelastung aus der Herstellung von Schweizer Produkten aus der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie in der ausländischen Zulieferkette anfällt. Konkret entstehen rund 80 Prozent der Treibhausgas- und 95 Prozent der Feinstaubemissionen im Ausland. Hier liegt denn auch das grösste Potenzial für Emissionseinsparungen.

Auf die ausländischen Zulieferketten haben die Schweizer Unternehmen nur beschränkt Einfluss. Die Politik kann sie in ihren Bemühungen für den Klimaschutz trotzdem unterstützen, etwa bei der laufenden Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Hier kann sie nämlich sicherstellen, dass die internationalen Marktmechanismen, die das Pariser Klimaabkommen vorsieht, von Schweizer Unternehmen auch tatsächlich genutzt werden können. Konkret fordert die Wirtschaft insbesondere, dass Emissionsreduktionen im Ausland den inländischen gleichgestellt werden. Zudem ist die maximale Höhe der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf 120 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub> zu begrenzen, da die Schweiz bereits die höchste Abgabe weltweit kennt. Entscheidend ist auch ein uneingeschränkter Zugang zum System der Zielvereinbarungen für Unternehmen. Zudem unterstützt die Wirtschaft die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme der EU und der Schweiz. Dadurch erhalten Schweizer Unternehmen gleich lange Spiesse wie ihre europäischen Konkurrenten.

Berücksichtigt die Revision diese Aspekte in ausreichendem Mass, ist die Schweiz in der Lage, sowohl die gesteckten Klimaziele zu erreichen wie auch ihre Standortattraktivität zu wahren.

### **Gegenvorschlag zur Aktienrechtsrevision muss zum Rückzug der Initiative führen**

Die Attraktivität eines Standortes bestimmen auch die wesentlichsten Rechtsgrundlagen der Wirtschaft, zu denen zweifellos das Aktienrecht gehört. Der Nationalrat hat im Juni entschieden, auf dessen Revision einzutreten und gleichzeitig den indirekten Gegenentwurf zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative vom Geschäft abzuspalten. Das ermöglicht nun, die beiden komplexen Vorlagen getrennt zu behandeln.

Im Zentrum der Aktienrechtsrevision muss die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für die Unternehmen stehen. Die Vorlage bringt in zahlreichen Punkten Vereinfachungen und Entlastungen, gerade auch für KMU. Sie hat aber noch Korrekturbedarf. Insbesondere gesellschaftspolitisch getriebene Konzepte wie Geschlechterquoten haben keinen Platz im Aktienrecht und müssen im Ständerat abgelehnt werden.

Wie die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative enthält auch der indirekte Gegenvorschlag weitgehende Haftungsbestimmungen mit Beweislastumkehr. Diese verursachen Rechtsunsicherheit, hohe Kosten und Reputationsrisiken. Der Ständerat muss hier nachbessern und eine Lösung präsentieren, die den Unternehmen Rechtssicherheit bietet. Ein indirekter Gegenentwurf muss auch zwingend zum Rückzug der Initiative führen.

Die Schweiz belegt übrigens hinsichtlich Umweltschutz, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Lebensqualität und nachhaltigem Wirtschaften im internationalen Vergleich Spitzenplätze. Der Länderbericht 2018

Freitag, 31. August 2018

zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zeigt, dass in der Schweiz die freiwillige Zusammenarbeit von Unternehmen, Staat und NGOs herausragende Resultate erzielen kann. Als Beispiel sei die Reduktion von Treibhausgasen erwähnt, die mit wirtschaftseigenen Umsetzungswerkzeugen EnaW und Act erreicht wurde. Diese Kooperationen gilt es auszubauen, um Mehrwert für Gesellschaft und Unternehmen zu schaffen.

Der Kern der Agenda 2030 – die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) – bietet aus Sicht der Unternehmen einen wertvollen Kompass und eine gemeinsame Vision. Die klare Unterstützung der Wirtschaft für die Agenda 2030 darf aber nicht gleichgesetzt werden mit einem Blankocheck für neue Regulierungen oder anderen staatlichen Aktivismus. Für die Wirtschaft stehen Massnahmen im Vordergrund, die auf unternehmerische Lösungen und die freiwillige Zusammenarbeit setzen. Letztlich liegt solches Handeln im ureigenen Interesse der Unternehmen: Denn wo Armut schwindet, wachsen Märkte, wo Umweltfaktoren einbezogen werden, können Unternehmen langfristig tätig sein.

### **Kein Ersatz für gute nationale Wirtschaftspolitik**

Ich komme zum Schluss: Die Schweiz braucht eine weitsichtige Aussenwirtschaftspolitik, damit der Wohlstand auch morgen gesichert werden kann. Diese muss künftige Trends antizipieren und den unterschiedlichen Bedürfnissen der verschiedenen exportierenden und importierenden Branchen in der Schweiz Rechnung tragen. Das bedingt auch neue Denkansätze. Die Digitalisierung zum Beispiel lässt physische Grenzen verschwinden.

Eine zukunftsfähige Aussenwirtschaftsstrategie muss davon ausgehen, dass zunehmend neue, nicht zollbezogene administrative und technische Hürden die Schweizer Unternehmen künftig herausfordern. Zum Beispiel unterschiedliche Anforderungen an den Datenschutz oder fehlende Anerkennungen von Ausbildungsabschlüssen. Solche Hürden hemmen den Handel und müssen in einer Aussenwirtschaftsstrategie berücksichtigt werden.

Fokussiert die Aussenwirtschaftspolitik zu stark auf einzelne Staaten, verkennt sie die Rolle globaler Wertschöpfungsketten. Diese bedingen gleiche Spielregeln in möglichst allen Ländern. Da die Staaten mit immer neuen Massnahmen versuchen, ihre Bevölkerung vor dem internationalen Wettbewerb abzuschotten, muss eine kluge Aussenwirtschaftspolitik verstärkt auch internationale Organisationen berücksichtigen, die keine klassischen Handelsfragen behandeln. Der Europarat beispielsweise prägt die globalen Standards in der Cybersecurity.

Internationale Zusammenarbeit ersetzt aber keinesfalls eine gute nationale Wirtschaftspolitik. Die Aufgabe, das eigene Haus in Ordnung zu halten, wird der Schweiz von keiner internationalen Organisation abgenommen. Hier ist die nationale Politik selbst in der Pflicht.

Die Schweiz ist traditionell eine offene und liberale Marktwirtschaft, die es gegen übermässige Regulierung und Abschottung zu schützen gilt. Nur so kann unser Land auch in einer globalisierten Zukunft erfolgreich sein. Für den heutigen Wohlstand der Schweizer Bevölkerung war und ist die Globalisierung eine unabdingbare Voraussetzung – und sie wird es auch in Zukunft bleiben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.